

FACHHOCHSCHULE Die Berner Fachhochschule forscht für die Wirtschaft. Zum Beispiel für die Störzucht in Frutigen. Seite 31

BERN

granittisch.ch
EISENEGGER-TISCHE
THUNSTRASSE 6, 3005 BEFN
TELEFON 031 351 42 72

«Jammern liegt mir nicht»

Am Tag der Armut äussert sich Stadtrat Christof Berger (sp) über seine eigene Teilerwerbslosigkeit und die Motivation, nicht aufzugeben

Seit vier Jahren versucht der Berner Politiker sich wieder in den Arbeitsprozess einzugliedern. Trotz Hunderten von Bewerbungen bisher erfolglos.

SIMONA BENOVICI

Als Christof Berger vor 28 Jahren die Schule für Gestaltung in Bern abschliesst, stellt er sich seinen beruflichen Werdegang etwas anders vor. Direkt nach dem Abschluss als diplomierter Grafiker tritt er hoffnungsvoll eine Stelle in einer renommierten Zürcher Werbeagentur an. Ein knappes Jahr später werden aus wirtschaftlichen Gründen Stellen abgebaut, Berger verliert seinen Job. Die nächsten acht Jahre schlägt er sich als selbstständig erwerbender Grafiker durch, «mehr schlecht als recht», wie er sagt. Als Rangierarbeiter versucht er sich bei der Post eine Existenz aufzubauen, schafft es sogar bis zum Rangiergruppenleiter. Doch zwei Jahre später steht der 45-Jährige nach einem Stellenwechsel zum zweiten Mal in seinem Leben auf der Strasse: Der befristete Arbeitsvertrag wird 2004 nicht verlängert, er wird arbeitslos.

500 erfolglose Bewerbungen

Seither hat Berger versucht, sich wieder in den Arbeitsprozess einzugliedern. Vergebens. Zwei dicke Papierstöße zeugen von seinen zahllosen Bewerbungsversuchen. Empfangsbestätigungen und Absagebriefe hat er alle fein säuberlich geordnet und aufbewahrt. Bis jetzt hat er rund 500 Bewerbungen abgeschickt. Die Erfolgsquote ist ernüchternd. «Ich konnte mich etwa sechs Mal persönlich bei den Arbeitgebern vorstellen», sagt Berger. Viele Arbeitslose machten nur das Nötigste, erfüllten gerade mal die von der Regionalen Arbeitsvermittlung (RAV) vorgeschriebene Anzahl Bewerbungen. Ihm liege das nicht. «Ich arbeite gern, es geht mir nicht nur ums Geld.»

Dank einem Teilpensum von 25 Prozent als Assistent von National-

rätin Margret Kiener Nellen hat Berger neben der Arbeitslosenunterstützung auch ein eigenes, wenn auch bescheidenes Einkommen. Mit kleineren Grafikaufträgen, Engagements in Vereinen, dem Quartierleis und seinem Amt als Stadtrat verdient er sich ein weiteres Zubrot. Berbers Einkommen liegt derzeit noch knapp über der Armutsgrenze. «Jammern liegt mir aber nicht», sagt er. Als Teilerwerbsloser sei man vergleichsweise privilegiert. «Man kann sich nicht alles gönnen, verhungern muss man aber nicht.» Er sei nicht nur auf Billigprodukte und Aktionsware angewiesen, könne aber beispielsweise nicht mehr so häufig auswärts essen gehen. Auf grosse Anschaffungen, wie beispielsweise einen neuen Fernseher, muss er verzichten. Das kann er sich nicht leisten.

Routine schleicht sich ein

Nach vier Jahren Erwerbslosigkeit sei er gelassener geworden. In den ersten Monaten nach seiner Freistellung habe er noch die Illusion gehabt, rasch wieder eine Anstellung zu finden. Längerfristige Verpflichtungen sei er nicht eingegangen – schliesslich hätte ja der Fall eintreten können, dass sich diese Verpflichtungen mit einer neuen Anstellung überschneiden würden. «Mit der Zeit schleicht sich dann aber eine gewisse Routine ein.»

Er habe gemerkt, dass es gerade wichtig sei, anderweitige Verpflichtungen zu haben, sich für etwas zu engagieren. Das gebe der Existenz einen Sinn und man ver falle nicht in eine Lethargie. Er selbst habe vor seiner Arbeitslosigkeit oft gedacht, als Stellensuchender habe man viel Zeit. Ein Vorurteil, sagt Berger. Sein Terminkalender sei alles andere als leer. Dies hat aber nicht immer nur Vorteile. «Dadurch, dass ich mich aber gerade vielerorts engagiere, realisieren die Leute oft nicht, wie meine tatsächliche Situation ist.»

Eigene Strategien entwickeln

Wenn man über eine solch lange Zeit arbeitslos sei, müsse man eige-



Er kann sich nicht alles gönnen: Berger sucht den Weg zurück in die Arbeitswelt.

BEAT SCHWEIZER

ne Strategien entwickeln, wie man sich immer wieder von Neuem motivieren könne, sagt Berger. «Vieles funktioniert dank Verdrängung.» So auch der Umgang mit Alltagsorgen und schwelenden Zukunftsängsten. «Ich kann praktisch nichts in die Altersvorsorge einlegen.» Schon heute fragt er sich, wie sein Leben in 20 Jahren aussehen wird – mit einer Minimalrente.

Geprägt von der Arbeitslosigkeit

Wie vielen anderen Nichtbetroffenen sei ihm die Problematik vor seiner eignen Erwerbslosigkeit zwar bewusst gewesen, «heute sehe ich viele Dinge aber etwas anders».

Als Stadtrat und im Verein «Hälfte / Moitié» setzt er sich heute für soziale Gerechtigkeit ein. Er wolle versuchen, durch sein Engagement Betroffenen eine Stimme zu geben und die öffentliche Diskussion zum Thema Arbeitslosigkeit und Armut anzuregen. «Tabuisieren ist das Schlimmste. Es hilft, wenn man weiss, dass man nicht allein ist.»

Trotz allem will Berger die Hoffnung auf eine neue Anstellung nicht aufgeben. Den Kopf in den Sand stecken sei nicht sein Ding, er setze weiterhin auf die Flucht nach vorne: bewerben.

Tag der Armut

In Bern finden heute mehrere Veranstaltungen anlässlich des Uno-Welttags zur Überwindung der Armut statt. In der Heiliggeistkirche diskutieren zwischen 12 und 13.30 Uhr verschiedene Referenten zur Armut in der Schweiz und in anderen Ländern, so unter anderem Edith Olibet (sp), Stadtberner Gemeinderätin, und Daniel Bolomey, Schweizer Generalsekretär von Amnesty International. Um 18 Uhr wird auf dem Münsterplatz eine Kundgebung durchgeführt. (sbv)

«Klar ist, die Lage wird sich verschlechtern»

Nach einer ersten Analyse der Finanzmarktkrise rechnet die bernische Kantonsregierung mit Steuerausfällen – und erarbeitet bereits für 2009 eine Eventualplanung

Die finanzpolitische Ausgangslage für den Kanton hat sich durch die Finanzkrise «erheblich verändert» – die Situation sei aber nicht dramatisch. Zu diesem Schluss kommt die Kantonsregierung. Das Ausmass der erwarteten Steuerausfälle beziffert sie nicht.

DÖLF BARBEN

Die Lage für den Kanton Bern sei ernst, schwierig, «und klar ist, sie wird sich verschlechtern». Aber in keinem Bereich sehe es katastrophal aus. Es gebe keinen Grund dafür, Weltuntergangsstimmung aufkommen zu lassen oder in Aktivismus zu verfallen. Vielmehr gelte es, mit Grundvertrauen in die Zukunft zu blicken. So beurteilt der bernische Finanzdirektor Urs Gasche (bdp) die Situation, in der sich der Kanton Bern derzeit befindet. Letzte Woche hatte er seiner Direktion den Auftrag erteilt, in Zusammenarbeit mit anderen Direktionen zuhanden der Regierung eine umfassende Lageanalyse zu erstellen. Zu untersuchen seien mögliche Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf

Wirtschaft und Finanzen des Kantons («Bund» vom 8. Oktober).

Am Mittwoch hat sich der Regierungsrat damit befasst, und gestern hat er über seine Haltung informiert. Die Daten zeigten, dass sich die finanzpolitische Ausgangslage des Kantons innert weniger Wochen «zum Teil erheblich verändert hat», heisst es in der Mitteilung. Die aktuelle Lage sei für den Kanton Bern aber nicht dramatisch, da der Finanzsektor hier keine dominierende Rolle inne habe.

Eventualplanung für 2009

Die Veränderungen auf den Finanzmärkten und das damit verbundene tiefere Wachstum des Bruttoinlandsprodukts würden sich voraussichtlich zunächst auf den budgetierten Steuerertrag für das Jahr 2009 auswirken, hält der Regierungsrat fest. Aus diesem Grund habe die Regierung die Finanzdirektion beauftragt, «in enger Zusammenarbeit mit den anderen Direktionen» für die Aufgaben und Finanzen für das Jahr 2009 eine Eventualplanung vorzubereiten. Falls nötig soll diese Planung es Anfang 2009 ermöglichen, Steuerausfälle ganz oder teilweise aufzufangen.

Die Finanzplanung 2010 bis 2012 bleibe vorderhand unverändert. Weil die Auswirkungen der Krise auf die Konjunktur noch nicht verlässlich beurteilt werden könnten, ergebe die Überarbeitung der Planung «zurzeit noch keinen Sinn».

Noch vor der Novembersession des Grossen Rats werde der Regierungsrat seine Lagebeurteilung weiter festigen. Bis dann will er gemäss Mitteilung «ein vorläufiges Fazit» zur finanzpolitischen und

wirtschaftlichen Situation veröffentlichen. Auf der Basis der neuesten Planzahlen will die Regierung zu diesem Zeitpunkt auch ihre Haltung zu den steuerpolitischen Vorstössen und zur geplanten Steuergesetzrevision erläutern.

«Ernsthaftere Probleme 2010»

Die zu erwartenden Steuerausfälle wollte Urs Gasche gestern nicht beziffern, auch nicht in Form einer groben Schätzung – «weil sich

«Steuern rasch senken»

Gleich mit mehreren Vorstössen wollen bürgerliche Grossratsmitglieder erreichen, dass die Steuern im Kanton Bern bereits vor 2011 bzw. schon vor der nächsten Steuergesetzrevision gesenkt werden. An dieser Einschätzung ändere die Analyse des Regierungsrats nichts, sagte Adrian Haas, Chef der FDP-Grossratsfraktion, gestern auf Anfrage. Aus heutiger Sicht liess sich für das Jahr 2010 sowieso keine zuverlässigen Angaben

machen. Die Krise könne «relativ rasch» vorüber sein. Zumindest an den Steuerentlastungen für 2010 sei unbedingt festzuhalten. Es sei nicht anzunehmen, dass andere Kantone beschlossene Steuerentlastungen wegen der Finanzkrise wieder rückgängig machen würden. Der Kanton Bern drohe im Steuervergleich immer weiter zurückzufallen. Für «rasche Steuersenkungen» bestehe «dringender Handlungsbedarf», sagte Haas. (db)

solche Zahlen festsetzen». Dies liege nicht an fehlendem Willen, sagte er, es sei einfach nicht möglich, genügend zuverlässige Annahmen zu treffen. Niemand könne heute sagen, wie gross das Ausmass der Verschlechterung sein werde und wann sie eintreten werde. «Klar aber ist: Es wird zu Mindereinnahmen kommen», sagte er. Blauäugig wäre es aber, anzunehmen, die Konjunktur bliebe unverändert gut. Gasche fasste seine Einschätzung so zusammen: Aufs laufende Jahr seien kaum Auswirkungen zu erwarten. «Mehr» werde 2009 zu spüren sein, und «ernsthaftere Probleme» seien für 2010 zu erwarten. Wobei sich da wieder die Frage stelle, wie lange die Krise dauern werde.

Regierung mischt sich nicht ein

Am Mittwoch, als der Regierungsrat sich mit der finanzpolitischen Lage des Kantons befasste, war über die jüngsten Entwicklungen bei der Bank UBS noch nichts bekannt. «An unserer Beurteilung der Situation hätte sich nichts geändert», sagte Gasche gestern dazu.

Die von den bürgerlichen Parteien geforderten Steuersenkungen kommentierte Gasche gestern

ebenfalls nicht. Der Regierungsrat sei mit der vorberatenden Grossratskommission im Gespräch. Bevor diese ihre Arbeit abgeschlossen habe, äussere sich die Regierung «bewusst nicht», sagte Gasche und verwies auf die bereits Mitte September bekannt gemachte Haltung des Regierungsrats. Damals hatte sich die rot-grün dominierte Regierung klar gegen Steuersenkungen vor der geplanten Steuergesetzrevision 2011 ausgesprochen. Mittels Vorstössen möchten bürgerliche Parteien jedoch bereits für 2009 und 2010 lineare Entlastungen durchsetzen (siehe Kasten).

ANZEIGE

grün | sozial | liberal

Die Stadtplanung braucht 1 Verantwortlichkeit. Nicht 3 Ämter in 2 Direktionen. Auch Parteiprüfung knackt die GFL.

Die GFL wieder in den Stadtrat
Liste 15

GRÜNE
FREIE LISTE GFL
DER STADT BERN

www.gfl-bern.ch